

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	19
Erstes Kapitel: Rechtsverhältnisse an Gewässern und Recht der öffentlichen Sachen	31
A. Das Wasserrecht	31
I. Wasserhaushaltsrecht	31
II. Wasserwegerecht	35
III. Wasserwirtschaftliche Benutzungsordnung	36
1. Inhalt	36
2. Verfassungsmäßigkeit der wasserwirtschaftlichen Benutzungsordnung in Bezug auf das Grundwasser	39
3. Verfassungsmäßigkeit der wasserwirtschaftlichen Benutzungsordnung in Bezug auf die oberirdischen Gewässer	43
IV. Gewässeraufsicht	44
V. Begriff des Gewässers	45
VI. Einteilung der verschiedenen Gewässer	47
VII. Eigentumsverhältnisse an Gewässern	49
B. Das Recht der öffentlichen Sachen	50
I. Bedeutung der öffentlichen Sachen	50
II. Arten öffentlicher Sachen	52
1. Öffentliche Sachen im Verwaltungs- und im Zivilgebrauch	52
2. Öffentliche Sachen im Gemein-, Sonder- und Anstaltsgebrauch	54
III. Entstehung einer öffentlichen Sache durch Widmung	57
IV. Öffentlich-rechtliche Sachherrschaft	59
1. Öffentliches Eigentum	59
2. Theorie des modifizierten Privateigentums	60
a) Inhalt	60
b) Gesetzliche Umsetzung	62
c) Gesetzliche Grundlage	64
aa) Der Streit über das Hamburger Stadtsiegel	64
bb) Erforderlichkeit einer gesetzlichen Grundlage	66

d) Kritik an der Theorie des modifizierten Privateigentums	68
C. Gewässer als öffentliche Sachen	69
I. Widmung der Gewässer	69
II. Gewässer und Sachbegriff	72
1. Körperlichkeit	72
2. Gewässer als einheitliche öffentliche Sache	74
III. Einordnung der Gewässer in die Kategorien öffentlicher Sachen	75
1. Gemeingebrauch und Sondergebrauch im Wasserhaushaltsrecht	75
2. Wasserwegerechtlicher Gebrauch	76
D. Gewässer im öffentlichen Eigentum	79
I. Eigentumsfähigkeit von Gewässern	79
1. Fließende Gewässer	80
2. Stehende Gewässer	81
II. Eigentum an Gewässern nach baden-württembergischem Wasserrecht	82
Zweites Kapitel: Öffentlich-rechtliche Sachherrschaft an Gewässern	85
A. Das öffentliche Eigentum	86
I. Gewässer im römischen Recht	87
II. Gewässer unter öffentlicher Sachherrschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts	87
III. Basler Schanzenstreit	91
1. Der Rechtsstreit	92
2. Die Rechtsgutachten	94
IV. Wappäus und Eisele	95
V. Otto Mayer	98
1. Idee eines öffentlichen Eigentums	101
2. Inhaltliche Ausgestaltung	103
a) Entstehung und Beendigung öffentlichen Eigentums	103
b) Nutzungsformen öffentlicher Sachen	106
aa) Gemeingebrauch	106
bb) Gebrauchserlaubnis	108
cc) Verleihung	109
dd) Zivilrechtliche Nutzungsformen	110
c) Schutz des öffentlichen Eigentums	110
d) Rechtsstreitigkeiten um das öffentliche Eigentum	111
3. Würdigung der Lehre Otto Meyers vom öffentlichen Eigentum	114
VI. Weitere publizistische Ansätze	115

VII. Gesetzliche Einführung des öffentlichen Eigentums	117
1. Das öffentliche Eigentum im baden-württembergischen Wasserrecht	117
a) Öffentliche Gewässer	118
b) Private Gewässer	120
c) Öffentliches Eigentum und Grundbuch	120
d) Umsetzung der Lehre des öffentlichen Eigentums	121
2. Das öffentliche Eigentum im Landesrecht Hamburgs	122
a) Das hamburgische Wegegesetz	122
b) Die Hochwasserschutzanlagen nach hamburgischem Wassergesetz	125
3. Kritik an der gesetzlichen Umsetzung des öffentlichen Eigentums	126
VIII. Zusammenfassung	128
B. Theorie des modifizierten Privateigentums	129
I. Überlagerung des Privateigentums durch öffentlich-rechtliche Sachherrschaft	129
II. Die Eigentumsverhältnisse an Gewässern im Lichte der Theorie des modifizierten Privateigentums	129
1. Gesetzgebungskompetenz zur Regelung des Gewässereigentums	130
a) Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für den Wasserhaushalt	130
b) Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für das bürgerliche Recht	131
2. Die Bundeswasserstraßen	134
3. Die übrigen Gewässer	135
4. »Modifikation« des Eigentums	136
Drittes Kapitel: Das öffentliche Eigentum im Gewässerrecht Baden-Württembergs	139
A. Grund der Einführung öffentlichen Eigentums	139
I. Historischer Hintergrund des baden-württembergischen Wassergesetzes	140
II. Motive des baden-württembergischen Landesgesetzgebers	141
B. Zulässigkeit des öffentlichen Eigentums an Gewässern	144
I. Gesetzgebungskompetenz für den Erlass wasserrechtlicher Normen	146
II. Gesetzgebungskompetenz für die Einführung eines öffentlichen Eigentums an Gewässern	146

1. Sachbereich des bürgerlichen Rechts gemäß Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG und Kodifikationsprinzip	146
2. Einführung des öffentlichen Eigentums durch rein öffentlich-rechtliche Regelungen	147
3. Gesetzgebungskompetenz zur Ausgestaltung der Eigentumsverhältnisse in Gestalt des öffentlichen Eigentums	149
III. Vereinbarkeit des öffentlichen Eigentums an Gewässern mit Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG in Bezug auf einzelne Eigentümer	152
IV. Vereinbarkeit des öffentlichen Eigentums an Gewässern mit der Institutsgarantie aus Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG	152
1. Herausnahme aus der privatrechtlichen Eigentumsordnung	154
2. Möglichkeiten des Gesetzgebers zur Schaffung einer neuen Eigentumsform	155
V. Homogenität im Bundesstaat	156
VI. Das öffentliche Eigentum als zulässige Alternative einer öffentlich-rechtlichen Sachherrschaftsform an Gewässern	158
C. Schutzfunktion des öffentlichen Eigentums	159
Viertes Kapitel: Öffentliches Eigentum und Gewässerbenutzung	161
A. Gewässereigentum unter der wasserwirtschaftlichen Benutzungsordnung	161
I. Gewässerbenutzung durch den Gewässereigentümer	161
II. Duldungspflichten des Gewässereigentümers	162
III. Eigentumsbegriff des § 4 WHG	164
1. Gewässerbenutzung durch den öffentlichen Eigentümer	164
2. Duldungspflichten des öffentlichen Eigentümers	166
IV. Entgeltlichkeit der Gewässerbenutzung	167
1. Gewässernutzungsentgelt nach Landesrecht	167
a) Nutzungsentgelt nach dem bayerischen Wassergesetz	168
b) Nutzungsentgelt nach dem baden-württembergischen Wassergesetz	169
c) Uneinheitliches Landesrecht	169
2. Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur Erhebung eines Entgelts	171
a) Die Entscheidung	171
aa) Benutzung	172
bb) Von verfassungswegen gebotene Einschränkung	173
b) Kritik zur Entscheidung des Bundesgerichtshofs	174
c) Stellungnahme	175
3. Zulässigkeit von Gewässernutzungsentgelten	176

a) Rechtsposition zur Erhebung eines Nutzungsentgelts	176
aa) Bürgerlich-rechtliches Gewässereigentum	176
bb) Öffentliches Eigentum	178
b) Vereinbarkeit der Entgelterhebung durch den privaten Eigentümer mit dem Status der Gewässer als öffentliche Sachen	179
B. Zulassungsfreie Gewässerbenutzung	182
I. Gemeingebrauch	182
1. Gesetzliche Regelungen	182
2. Inhalt des Gemeingebrauchs	185
3. Gemeingebrauch als subjektives öffentliches Recht	188
a) Subjektives öffentliches Recht aus einfachgesetzlichen Rechtsvorschriften	190
b) Subjektives öffentliches Recht aus Grundrechten	191
c) Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung	192
4. Gemeingebrauch bei öffentlichem Eigentum	193
II. Eigentümergebrauch	194
1. Eigentümergebrauch nach der Neuordnung des baden-württembergischen Wasserrechts 2014	194
2. Eigentümergebrauch nach geltendem Recht	196
a) Gesetzliche Regelungen des Eigentümergebrauchs	196
b) Inhalt des Eigentümergebrauchs	197
c) Rechtsnatur des Eigentümergebrauchs aus privatrechtlichem Gewässereigentum	198
3. Eigentümergebrauch nach baden-württembergischem Wassergesetz bis zur Neuordnung im Jahr 2014	201
a) Inhalt	201
b) Rechtsnatur des Eigentümergebrauchs aus öffentlichem Gewässereigentum	202
4. Ergebnis	203
III. Anliegergebrauch	204
1. Anliegergebrauch nach der Neuordnung des baden-württembergischen Wasserrechts 2014	205
2. Anliegergebrauch im geltenden Recht	206
a) Gesetzliche Regelung des Anliegergebrauchs	206
b) Hintergrund des Anliegergebrauchs	207
c) Inhalt des Anliegergebrauchs	209
d) Rechtsnatur des Anliegergebrauchs	210
3. Verhältnis des Anliegers zum Gewässereigentümer	213
a) Verhältnis zum öffentlichen Eigentümer	213
b) Verhältnis zum privatrechtlichen Gewässereigentümer	214
IV. Sonderfall der Bootsvermietung	214

V. Öffentliches Eigentum und zulassungsfreie Gewässerbenutzungen	217
C. Zulassungspflichtige Gewässerbenutzung	219
I. Einzelne Gewässerbenutzungen	220
II. Zulassungsformen	224
III. Auswirkungen auf das Gewässereigentum	227
IV. Verfahrensbeteiligung und Abwehransprüche des öffentlichen Eigentümers	230
1. Beteiligung im behördlichen Zulassungsverfahren	231
a) Beteiligung am förmlichen Zulassungsverfahren	232
b) Beteiligung bei der Umweltverträglichkeitsprüfung	235
2. Zustimmung des öffentlichen Eigentümers - Duldungspflichten	237
3. Ansprüche gegen die Beeinträchtigung des Gewässereigentums	240
a) Präklusionswirkung des § 16 WHG	241
aa) Anspruchsausschluss bei Erlaubnis und Bewilligung	241
bb) Dingliche Rechte	243
b) Unterlassungsansprüche	244
c) Schadensersatzansprüche	246
d) Entschädigungsansprüche	249
V. Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen öffentlichem Eigentum und Privateigentum bei Zustimmungsbedürftigkeit und Abwehransprüchen	252
D. Rechtswidrige Gewässerbenutzung	253
I. Duldungspflichten bei rechtswidriger Gewässerbenutzung	253
II. Abwehransprüche	254
III. Entsprechende Anwendung der Ansprüche auf den öffentlichen Eigentümer	256
Fünftes Kapitel: Die Regelungen des öffentlichen Eigentums	257
A. Künstliche Landgewinnung nach § 11 WG BW	258
I. Übergang des öffentlichen Eigentums auf den Unternehmer	258
1. Umwandlung des öffentlichen Eigentums in Privateigentum des Unternehmers	258
2. Voraussetzungen des Eigentumsübergangs	259
3. Zeitpunkt der Umwandlung des öffentlichen Eigentums in Privateigentum	260
4. Landgewinnung durch rechtswidrige Maßnahmen	261

II. Folgen des Eigentumsübergangs	262
III. Entwidmung der aufgelandeten Fläche	264
1. Entwidmung durch Gesetz	264
2. Widmung der gewonnenen Fläche zu einer neuen öffentlichen Sache	264
IV. Entschädigung	265
B. Verbindung	267
I. Bauten und Anlagen	267
1. Voraussetzungen nach § 5 Abs. 4 Satz 1 WG BW	268
2. Öffentliches Eigentum an festen Anlagen	270
3. Eigentumsübergang auf den öffentlichen Eigentümer	272
a) Entsprechende Anwendung des § 946 BGB	273
aa) Vereinbarkeit der entsprechenden Anwendung mit § 6 Satz 1 WG BW	274
bb) Verstoß gegen den verfassungsrechtlichen Eigentumsschutz des Privateigentümers der Anlage	274
cc) Verstoß gegen den verfassungsrechtlichen Eigentumsschutz des Inhabers eines dinglichen Rechts an der Anlage	277
b) Auswirkungen der entsprechenden Anwendung des § 946 BGB	278
II. Baustoffe	279
III. Ausgleich für Rechtsverlust	280
IV. Zusammenfassung	283
C. Erwerb öffentlichen Eigentums	284
I. Erwerb des öffentlichen Eigentums nach § 5 Abs. 5 WG BW	284
1. Gesetzliche Regelung	284
2. Erwerb belasteten Privateigentums	286
3. Erwerb im Grundbuch eingetragenen Privateigentums	288
II. Gutgläubiger Erwerb beim Verfahren nach § 5 Abs. 5 WG BW	289
III. Weitere Möglichkeiten des Erwerbs öffentlichen Eigentums	291
D. Ergebnis	292
Sechstes Kapitel: Das öffentliche Eigentum als Alternative	293
Thesen	297
Literaturverzeichnis	299